

Ressort: Finanzen

GMS: Hauptsorge der deutschen Wirtschaft ist der Zustand der EU

Berlin, 06.03.2017, 06:00 Uhr

GDN - Der Zustand der Europäischen Union und die Sicherheit der Grenzen bereiten Wirtschaftsvertretern zunehmend Sorgen. Mehr als zwei Drittel der Unternehmer, Verbandsvertreter sowie Gewerkschafter sehen in diesen Bereichen Handlungsbedarf, so das Ergebnis einer Befragung der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) im Auftrag des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, über das die "Welt" berichtet.

Die Befragten wünschen sich demnach, dass sich die nächste Bundesregierung schwerpunktmäßig auf die EU-, Außen- und Verteidigungspolitik konzentriert. Danach folgen die Bereiche Integration/Zuwanderung sowie Arbeit und Soziales. Themen wie die Digitalisierung oder die Energiepolitik stehen dagegen nicht unmittelbar im Fokus der Wirtschaftsvertreter. Für die Studie "Was muss besser werden in Deutschland" wurden 20 Unternehmensvertreter, zwölf Verbandsvertreter sowie fünf Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter von Stiftungen interviewt. Dazu kamen vier Vertreter von Gewerkschaften (Betriebsräte größerer Unternehmen) sowie drei Fachjournalisten. Besonders groß ist bei den Befragten die Sorge um den Zustand der Europäischen Union (EU) sowie das Verhältnis zu den wichtigsten Wirtschaftsnationen und Handelspartnern Deutschlands, schreibt die "Welt". Folglich würden sich die Befragten mit größter Priorität daran machen, die EU beziehungsweise den Europa-Gedanken zu stärken. Mit dem Brexit hat man sich demnach abgefunden. Aber den Austritt weiterer Länder zum Beispiel Polens oder Ungarns fürchten die Wirtschaftsvertreter. Deshalb drängen sie auf eine "grundsätzliche Reform der EU, die auf einer Seite Bürokratie und Intransparenz verringert, auf der anderen Seite aber auch mehr gemeinschaftliches Handeln im Wirtschaftsbereich und der Außen- und Sicherheitspolitik ermöglicht", wie es laut "Welt" in dem Antwortkatalog heißt. Die Entwicklung in vielen Ländern außerhalb Europas beunruhigt die Befragten ebenfalls, getrieben durch die Politik von US-Präsident Donald Trump und des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dennoch raten die Wirtschaftsvertreter zu einem "pragmatischen Umgang mit den USA, Russland und China".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-86222/gms-hauptsorge-der-deutschen-wirtschaft-ist-der-zustand-der-eu.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com